



Niederschrift **Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.12.2013
Sitzungsbeginn:	20:00 Uhr
Sitzungsende:	22:20 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	ULF/026/13

1 Bericht des Magistrats

2 Vortrag des Umwelthauses Kelsterbach i. S. Fluglärm

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung herzlich eingeladen.

10 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2012 – 2017 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013
Vorlage: 0233/S/13

11 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013
Vorlage: 0234/S/13

12 Grundwassereintrag Kiesloch
hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am 30.07.2013
Vorlage: 0165/S/13

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Vorsitzender Piscopia begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt, Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Vorsitzender Piscopia stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Ausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Die Herren Jung, Liebig und Gils
Für die SPD-Fraktion: Herr Jirele
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia
Für die GuD-Fraktion: Herr Trommer
Für die FWG-Fraktion: Herr Weyrauch

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgenden Punkt:

1.1 Grundwasserförderung der Hessenwasser aus dem Brunnen des Wasserwerks Allmendfeld

Der Magistrat hat am 13.11.2013 den Beschluss gefasst, die Kanzlei Dr. Stapelfeldt mit den Vorbereitungen einer Klage und Klagebegründung für das laufende Wasserrechtsverfahren des Landes Hessen auf Antrag der Hessenwasser GmbH & Co. KG aus den Brunnen des Wasserwerks Allmendfeld zu beauftragen. Es ist mit anwaltlichen Honorarkosten bis etwa € 15.000,00 zu rechnen. Die erforderlichen Mittel stehen im Produkt 55502, Budget 3 zur Verfügung. Im Falle einer Klageempfehlung liegt die ausschließliche Zuständigkeit bei der Stadtverordnetenversammlung. Gemäß § 51 Ziffer 18 HGO entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über das Führen von Rechtsstreitigkeiten von größerer Bedeutung.

Hessenwasser hat beim Regierungspräsidium Darmstadt die Erteilung einer Bewilligung für die Fortführung der öffentlichen Grundwasserentnahme aus den 15 Gewinnungsanlagen des Wasserwerks Allmendfeld, die in den Gemarkungen Allmendfeld und Gernsheim liegen, in einer Menge von bis zu maximal 17,8 Mio m³ beantragt. Zuletzt waren 15,8 Mio m³ genehmigt. Die beschriebene Fördermengenerhöhung soll durch eine gleichlaufende Infiltrationsmengenerhöhung ausgeglichen werden, die aber nicht Gegenstand des Verfahrens ist. Die Stadt Gernsheim hat zum Verfahren durch eine umfangreiche Ausarbeitung des Fachanwalts Dr. Stapelfeldt mit Schriftsatz vom 20. Juni 2013 Stellung genommen, um die kommunalen Rechte zu wahren. Der Schriftsatz erfolgte auf der Grundlage einer fachtechnischen Stellungnahme von Hessen Forst, Projektgruppe Grundwasser sowie unter fachkundiger Mitarbeit von Herrn Henner Gonnermann, ehemals Forstamtsleiter Groß-Gerau.

2 Vortrag des Umwelthauses Kelsterbach i. S. Fluglärm

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind alle Damen und Herren des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung herzlich eingeladen.

Herr Lanz vom Umwelthaus Kelsterbach gibt einen sehr ausführlichen Bericht i. S. Fluglärm, den er über Beamer konkret veranschaulicht.

Die Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu den Punkten 3 + 4 Investitionsprogramm sowie Haushalt 2014.

**Mehrkosten im Haushalt 2014 nur in Verbindung mit einem
Deckungsvorschlag
hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.11.2013, eingegangen am
02.12.2013
Vorlage: 0234/S/13-16**

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Zur Erhaltung des positiven Haushalt 2014 und zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts sollen Mehrkosten nur in den Haushalt 2014 aufgenommen werden, wenn der Antragsteller einen entsprechenden Deckungsvorschlag vorlegt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD/FDP, 1 FWG)
Nein-Stimmen : 1 (GuD)
Enthaltung : -

**Antrag des Magistrats zum Haushaltsentwurf 2014;
hier: Einstellung einer zusätzlichen Planstelle 1,0 EG 6 im Produkt 12601 -
Brandschutz
Vorlage: 0234/S/13-07**

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Produkt 12601 „Brandschutz“ eine zusätzliche Planstelle 1,0 EG 6 für einen zweiten hauptamtlichen Gerätewart im Haushaltsentwurf / Stellenplanentwurf 2014 einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD/FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (1 GuD, 1 FWG)

Magistratskommission Klimaschutz;

hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2013, eingegangen am 29.11.2013

Vorlage: 0234/S/13-09

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird ersucht, eine Kommission zum Klimaschutz einzusetzen. Sie soll Vorschläge für „wirksame und langfristige Strategien“ 1) entwickeln, „wie die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 stetig gesenkt werden können.“ 1 In diese Kommission sollen neben Vertretern des Magistrats/der Verwaltung Vertreter u.a. der

- Gernsheimer Gewerbetreibende, z.B. Vertreter der WVV
- Sportvereine
- im Parlament vertretene Parteien
- weiter sachkundige Bürger/innen u.a. geeignete Personen bzw. Vertreter von Institutionen berufen werden.

Dazu legt der Magistrat in einer Vorlage eine konkrete Vorschlagsliste der Institutionen/Vereine vor, die ein Mitglied benennen sollen. Die Mitglieder können von anderen Delegierten der Organisation vertreten werden. Die Stadtverordnetenversammlung behandelt und beschließt dann die Vorlage. Die Aufwandsentschädigungen und eventuellen Sachkosten werden aus dem Produkt 56101, Position 13 1000,-- Euro entnommen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (GuD)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD/FDP, 1 FWG)
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäudedächern

hier: Antrag der Fraktion GuD vom 27.11.2013, eingegangen am 29.11.2013

Vorlage: 0234/S/13-10

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

1. Der Magistrat ermittelt, welche städtischen Gebäudedächer u.a. geeignete Flächen für die aktuellen leichteren PV-Module zum weiteren Ausbau von PV-Anlagen geeignet sind. Weiter ermittelt er, bei welchen Gebäuden eine teilweise direkte Eigeneinspeisung möglich und sinnvoll ist.
2. Der Magistrat entwickelt Vorschläge, wie der Ausbau der PV-Anlagen kurzfristig, d.h. nach den aktuell gültigen Richtlinien und vor den zu erwartenden Änderungen, sinnvoll umzusetzen ist. Dabei sind neben der Eigenfinanzierung Modelle der Fremdfinanzierung und des Verpachtens an Dritte, z.B. private Investoren oder Genossenschaften zu prüfen.
3. Eine eventuelle Eigenfinanzierung ist auf die Einnahmen aus den vorhandenen 7 PV-Anlagen zu begrenzen.
4. Die daraus resultierende Investitionssumme von maximal 79 T€ aus Produkt 57301 wird bis zur Klärung des Punktes 2 mit einem Sperrvermerk belegt.
5. Zur Finanzierung dient bei Bedarf ein Teil der für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehenen Investition.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (GuD)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD/FDP, 1 FWG)
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

LED-Straßenbeleuchtung;

hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013
Vorlage: 0234/S/13-11

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Straßenbeleuchtung im Jahr 2014 komplett auf LED-Leuchten umzustellen. Dafür sind beim Produkt 54101 zusätzlich 30.000 Euro einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (GuD)
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 2 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD/FDP)

Beleuchtung freiwillige Feuerwehr Schöffersstadt Gernsheim

hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013
Vorlage: 0234/S/13-12

Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt in der am 11.12.2013 terminierten

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Trauerhalle: Heizung

hier: Antrag der Fraktion GuD vom 28.11.2013, eingegangen am 29.11.2013

Vorlage: 0234/S/13-13

Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt in der am 11.12.2013 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

**3 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2012 – 2017 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013
Vorlage: 0233/S/13**

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2012 – 2017.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (1Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD/FDP, 1 GuD)

**4 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 einschl. aller eingegangenen Anträge; durch Magistrat beschlossen am 30.10.2013
Vorlage: 0234/S/13**

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		24.386.020 EUR
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	24.198.090 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf		0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf	(-)	0 EUR

mit einem **Überschuss** von **187.930 EUR**

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen*
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **1.653.161 EUR**

und dem Gesamtbetrag der

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf		4.988.312 EUR
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf	(-)	10.584.950 EUR
mit einem Saldo von	(-)	5.596.638 EUR

<i>Einzahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf		2.400.000 EUR
<i>Auszahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf	(-)	771.800 EUR
mit einem Saldo von		1.628.200 EUR

mit einem **Zahlungsmittelbedarf** des
Haushaltsjahres von **2.315.277 EUR**
festgesetzt. (-)

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2014 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **2.400.000 EUR** festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** im Haushaltsjahr 2014 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **0 EUR** festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2014 zur

rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen,
wird auf **5.000.000 EUR**
festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2014
wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(Grundsteuer A) auf **360 v. H.**
- b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **290 v. H.**

2. Gewerbesteuer auf **370 v. H.**

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans
beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die
Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung
festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen
Gemeindeordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 3 (CDU)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 4 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD/FDP, 1 GuD, 1 FWG)

5

Grundwassereintrag Kiesloch

**hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am
30.07.2013**

Vorlage: 0165/S/13

Seitens der SPD-/FDP-Fraktion wurde am 30.07.2013 folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD/FDP-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung Gernsheim zu
beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Biologen Klemens Gieles (Praxis für Prävention,
Umwelt- und Nachhaltige Entwicklung, Mainaschaff) zu beauftragen, um

festzustellen, inwiefern das Wasser des Winkelbachs das Kiesloch negativ beeinflusst.

Herr Bürgermeister Burger verliest in diesem Zusammenhang Auszüge aus der Stellungnahme des Herr Gieles von der Praxis für Prävention, Umwelt- und Nachhaltige Entwicklung, Mainaschaff, die Ende November bei der Stadtverwaltung eingegangen ist:

„Im Zuge dieser „Vorplanung“ habe ich den Winkelbach am 31.10.2013 besichtigt und festgestellt, dass der Winkelbach im Bereich des Kieslochs ein zum Zwecke der Hochwassersicherheit ausgebautes Gewässer mit geringer Natürlichkeit darstellt. Die Begehung erbrachte unter anderem, dass das trapezförmige Gerinne sowohl in den Böschungen und an der Sohle mit Steinsatz ausgekleidet ist. Das lässt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit den Schluss zu, dass aus dem Winkelbach nur in unbedeutenden Größenordnungen ein Wasseraustausch mit dem Grundwasserleiter und damit mit dem Kiesloch stattfinden kann.

Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich zur Untersuchung des Winkelbachwassers abrate, möchte Sie aber dazu ermutigen, nächste Schritte bei der Reduzierung der Nährstoffeinträge durch die Landwirtschaft zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit des Kieslochs als Badensee zu unternehmen.“

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters und der Zusage, dass die Fraktionsvorsitzenden eine Kopie des Schreibens von Herrn Gieles zur Verfügung gestellt bekommen, erklärt Herr Kramer für die SPD-/FDP-Fraktion den Antrag als erledigt.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzender

Schriftführerin